



111/2003

Kiel, 17. September 2003

Arens berichtet im Europaausschuss über Ergebnisse der 12. Ostseeparlamentarierkonferenz

Kiel (SHL) – *Landtagspräsident Heinz-Werner Arens berichtet in der heutigen 51. Sitzung des Europaausschusses über die Ergebnisse der 12. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 8. bis 9. September 2003 in Oulu/Finnland*

„Die 12. Ostseeparlamentarierkonferenz in Oulu hat sich mit den Schwerpunkten Wissensgesellschaft im Ostseeraum, Schiffssicherheit und Ostsee-Kooperation befasst. Hierzu hat die Konferenz folgende Ergebnisse erzielt:

Angesichts der sich dynamisch entwickelnden **Wissensgesellschaft** gilt es, für möglichst alle Menschen der Ostseeregion die finanziellen, technischen und bildungsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, auf dem Weg in die Wissensgesellschaft Schritt halten zu können. Finnland ist in Europa der Vorreiter auf diesem Gebiet. Oulu als Tagungsort der 12. Ostseeparlamentarierkonferenz und zugleich Verwaltungssitz des IT-Konzerns Nokia symbolisiert den Übergang ins Digitalzeitalter.

Die wissensbasierte Gesellschaft in der Ostseeregion bedarf politischer und praktischer Unterstützung. Förderung der Mobilität durch Stipendien, Harmonisierung der Austauschregeln, Vereinfachung des Visaregimes und Harmonisierung der Studienbedingungen sind nur einige Forderungen in der Schlussresolution der 12. Ostseeparlamentarierkonferenz. Die Förderung von gemeinsamen Projekten und Forschungsprogrammen sollten wie die Sprachausbildung und die Unterstützung der virtuellen Mobilität zentrale Anliegen sein.

Aus Wissen erwächst Wohlstand! Die Implementierung und Stärkung der Wissensgesellschaft in der Ostseeregion wird den friedlichen Transformationsprozess nachhaltig befördern und für wechselseitiges Vertrauen sorgen. Ein gutes Bildungsangebot allein reicht aber nicht aus. Bildung muss von der Gesellschaft nachgefragt und angenommen werden und einen hohen politischen Stellenwert haben. Hier ist Schleswig-Holstein besonders gefordert.

Nach intensiven Auseinandersetzungen verständigte sich die 12. Ostseeparlamentarierkonferenz auf die Forderung, die gesamte Ostsee als beson-

ders sensibles Seegebiet auszuweisen (PSSA – Particularly Sensitive Sea Area).

Dies kann, nach dem enttäuschenden Ergebnis der Ministertagung der Helsinki-Kommission im Juni dieses Jahres in Bremen, als großer Durchbruch zur weiteren **Verbesserung der maritimen Sicherheit** im Ostseeraum gewertet werden. Es bestehen begründete Hoffnungen, dass durch den politischen Druck der parlamentarischen Ebene alle Ostseeanrainerstaaten einen entsprechenden gemeinsamen Antrag bei der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO – International Maritime Organisation) stellen werden. Dann wird es auch möglich sein, für große Öl- und Chemietanker eine Lotsenpflicht in der Ostsee durchzusetzen.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz tritt über ihren Beobachterstatus bei der Helsinki-Kommission für eine weitere Verbesserung der Schiffssicherheit ein.

Die Ostseeparlamentarier – allen voran der Nordische Rat – sind gewillt, die **Neuorientierung des Ostseerates** parlamentarisch zu begleiten. Bisher haben wir als eine von vielen regionalen Organisationen eng mit dem Ostseerat zusammengearbeitet. Zukünftig wollen wir mehr, wir wollen ihm eine parlamentarische Dimension verleihen und bereits im Vorfeld der Entscheidungen dessen Weichenstellungen mit beeinflussen.

Wie wichtig dies ist, zeigt die Entscheidung, die 1994 eingerichtete Stelle der Beauftragten des Ostseerates für demokratische Entwicklung, des so genannten CBSS Commissioner on Democratic Development, Ende des Jahres 2003 auslaufen zu lassen. Im Vorfeld dieser Entscheidung hat es keine politische Debatte gegeben. Wir wollen und müssen zukünftig in solche Entscheidungen einbezogen werden, wenn wir es ernst meinen mit unserem Anspruch, dem Ostseerat eine parlamentarische Dimension zu verleihen.

Dr. Christoph Zöpel hat als Vertreter des Deutschen Bundestages darauf hingewiesen, dass es die ureigene Aufgabe der Parlamentarier ist, die demokratische Entwicklung im Ostseeraum zu unterstützen. Wir sind aufgerufen, über die Rolle der Parlamente im Ostseeraum nachzudenken und diesen Gedanken mit in unsere Überlegungen einzubeziehen.

Mit dem Thema „**Ostseejugendstiftung**“ wurde ein Projekt angesprochen, für das sich die Ostseeparlamentarierkonferenz bereits seit längerem engagiert. Das Ostseejugendsekretariat in Kiel hat ein neues Konzept vorgelegt und vorgeschlagen, zunächst mit einem anfänglichen Stiftungskapital in Höhe von 150 000 € zu beginnen. Im ersten Jahr könnten dann aus den Zinserträgen von rund 7 500 € erste bescheidene Jugendprojekte gefördert werden.

Die Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz, Outi Ojala, hat in ihrem Bericht in Oulu an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ostseeparlamentarierkonferenz appelliert, die Ostseejugendstiftung im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen und für Stifter zu werben.“